

## Mehr Nutzen als Risiken

Johnson & Johnson beginnt zu liefern

wmu. BRÜSSEL. In der EU kommt in Kürze ein vierter Covid-Impfstoff auf den Markt. Der amerikanische Hersteller Johnson & Johnson hat am Dienstag angekündigt, er werde die zuletzt ausgesetzten Lieferungen des Präparats in die EU jetzt starten. Man stehe zur Vereinbarung mit der EU-Kommission, 200 Millionen Dosen in die EU sowie Norwegen und Island zu liefern, hieß es in einer Mitteilung. Ob das Unternehmen wie vereinbart im laufenden Quartal 55 Millionen Dosen liefern kann, blieb aber offen.

Zuvor hatte die EU-Arzneimittelagentur Ema eine unverändert positive Risikobewertung des Impfstoffs abgegeben. Wie zuvor für das Vakzin von Astra-Zeneca empfahl der Pharmakovigilanz-Ausschuss der EU-Behörde am Dienstag, in den Beipackzettel des Präparats einen Hinweis auf das Risiko äußerst selten auftretender Hirnvenenthrombosen aufzunehmen. Wie schon im Fall des Astra-Zeneca-Impfstoffes bleibt die Ema aber bei ihrer Einschätzung, dass der Nutzen des Vaksins bei weitem höher sei als das Risiko. Sie habe auch alle Fälle analysiert, die in den Vereinigten Staaten zu einem vorläufigen Impfstopp mit dem J&J-Präparat geführt hatten, teilte die Behörde mit. Der Hersteller sicherte zu, den Hinweis unverzüglich aufzunehmen.

Die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA hatte in der vergangenen Woche die weitere Verabreichung des J&J-Vaksins zunächst untersagt. Der Hersteller hatte daraufhin den bevorstehenden Start der Lieferungen in die EU bis zum vorläufigen Abschluss der Ema-Prüfung ausgesetzt. In der EU zugelassen ist der Impfstoff seit März.

Nach Ema-Angaben weisen die bisher aufgetretenen Thrombosefälle nach der Verabreichung der Impfstoffe von Astra-Zeneca und von Johnson&Johnson Ähnlichkeiten auf. Beide Präparate sind Vektor-Impfstoffe. Anders als das Vakzin von Astra-Zeneca muss aber der J&J-Impfstoff nur einmal verimpft werden.

## Italiens eigener „grüner Pass“

rüb. ROM. Italien will mit der Einführung eines „grünen Passes“ für Geimpfte, Genesene und Getestete nicht auf die EU warten. Schon vom 26. April an soll eine nationale Form des Corona-Immunitätsnachweises Reisen über die Grenzen der zwanzig italienischen Regionen hinweg möglich machen. Dies hatte Ministerpräsident Mario Draghi am Freitag neben der Aufhebung und Lockerung mehrerer Einschränkungen angekündigt. Nach den gegenwärtigen Planungen Brüssels soll der europäische „Pass“ für Reisen innerhalb der EU in Form eines QR-Codes etwa Ende Juni eingeführt werden. Die Regierung in Rom will schneller sein: Sie beschloss am Dienstag, dass bis zur Einführung eines elektronischen nationalen „grünen Passes“ eine schriftliche Erklärung reichen wird. Auf der Selbstauskunft, die bei Kontrollen vorgezeigt werden muss, hat der Reisende zu erklären, ob er geimpft, genesen oder getestet ist. Auch die entsprechenden Nachweise sind mitzuführen.

Bisher ist es in ganz Italien untersagt, ohne triftigen Grund die Region des eigenen Wohnsitzes zu verlassen. Von Montag an sind Reisen zwischen „gelben Zonen“ mit geringem Infektionsrisiko wieder uneingeschränkt möglich. In „orangefarbene“ und „rote Zonen“ mit einem erhöhten oder sehr hohen Ansteckungsrisiko darf reisen, wer nachweislich geimpft, genesen oder getestet ist. Welche Form der nationale „grüne Pass“ nach dem Schnellstart haben wird, ist noch unklar. In Erwägung gezogen werden eine Bescheinigung auf Papier, ein QR-Code auf dem Mobiltelefon oder ein Vermerk in der Corona-Tracking-App Immuni. Grundsätzlich sollen Personen reisen oder auch Museen, Veranstaltungen sowie Restaurants besuchen dürfen, die vollständig geimpft sind, im vergangenen halben Jahr eine Covid-Infektion überstanden haben oder aber einen negativen Test vorweisen können, der nicht älter als 48 Stunden ist. Im letzteren Fall soll der „Pass“ 48 bis 72 Stunden gültig sein. Bei Geimpften und Genesenen ist die Dauer der Gültigkeit noch nicht festgesetzt.

Die rechtsnationalistische Partei Lega, die zur Koalition unter Regierungschef Draghi gehört, betrachtet die Einführung des „grünen Passes“ für Binnenreisen als unverhältnismäßige Maßnahme. Sie stehe in keinem Verhältnis zur realen Bedrohung für die öffentliche Gesundheit. Bürgerverbände warnen vor einem Verstoß gegen die in der Verfassung verankerte Reise- und Bewegungsfreiheit. Sie drohten mit einer Klage beim Obersten Gericht, sollte der „grüne Pass“ tatsächlich eingeführt werden.

## Die Willkür eines Schwellenwertes

Es war ein Kompromiss, dass die Schulen ab einer Inzidenz von 165 geschlossen werden – Kultusminister und Lehrer sind verärgert.

Von Heike Schmoll, Berlin

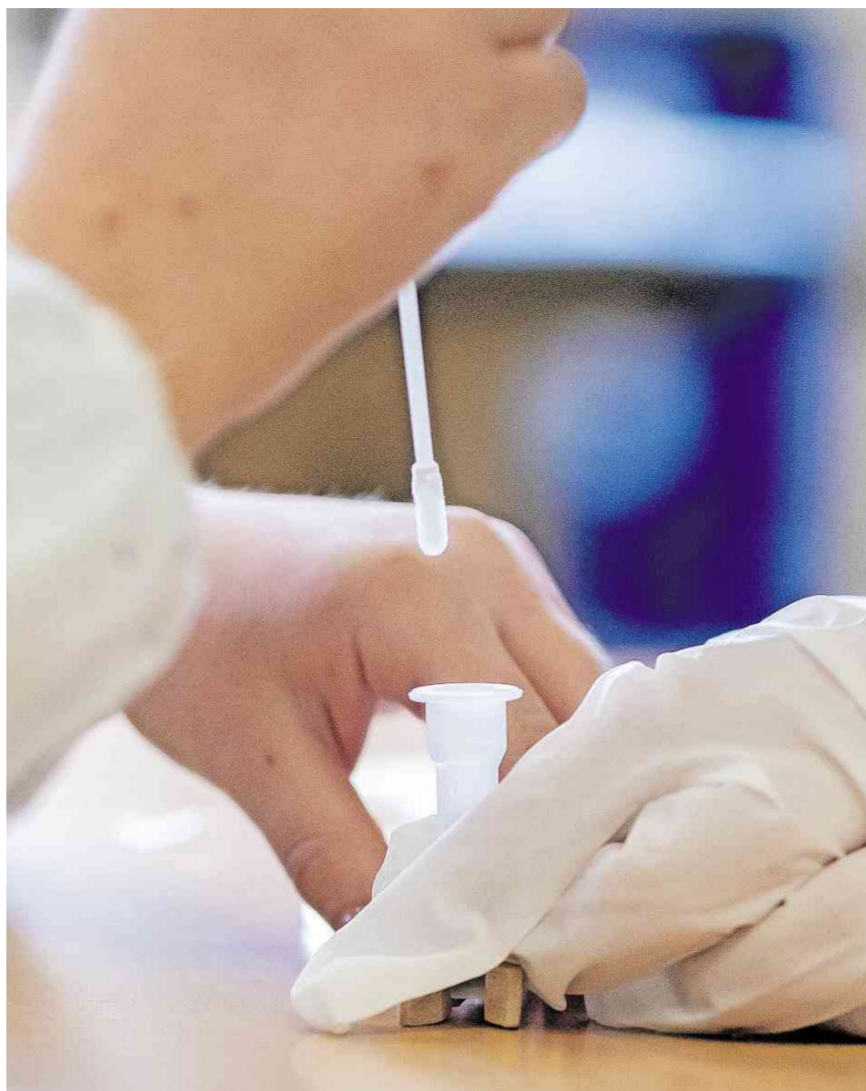
Schulschließungen werden noch weiter verschärft, aber die Ausgangssperren für Erwachsene gemildert“, sagt Hamburgs Bildungsminister Ties Rabe (SPD). „Kinder werden aus der Schule ausgesperrt, damit Erwachsene abends länger unterwegs sein können. Das passiert, wenn der Bundestag Schulpolitik macht.“ An diesem Mittwoch soll über die überarbeiteten Beschlussempfehlungen des Infektionsschutzgesetzes abgestimmt werden. Die Koalitionsfraktionen hatten sich nach heftiger Kritik aus der Opposition darauf geeinigt, dass die Sieben-Tage-Inzidenz für Schulschließungen von 200 auf 165 gesenkt und die Ausgangssperren nicht schon von 21.00 Uhr an gelten sollen. Für Schulen und Hochschulen wurde damit eine entscheidende Änderung vorgenommen.

Die Sieben-Tage-Inzidenz von 200 war nicht nur Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), sondern auch dem Präsidenten des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, als zu hoch erschienen. Die Lehrverbände finden auch noch eine Inzidenz von 165 zu hoch, sie fänden die 100 angemessen. Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses Erwin Rüdell (CDU) gab gegenüber der F.A.Z. zu, dass die 165 eine Verhandlungslösung war. Sachgründe gab es also offenbar nicht. Zu den Vorwürfen der Lehrverbände, die Schulen schon bei einer Inzidenz von 100 schließen wollen, sagte er, dass schulische Personal werde in Kürze durchgeimpft sein, außerdem bleibe das Infektionsgeschehen unterhalb des Schwellenwerts durch regelmäßiges Testen kontrollierbar. Der höhere Schwellenwert berücksichtige die enormen Belastungen für berufstätige Eltern und die Folgen für Kinder und Jugendliche, wenn sie auf Kontakte verzichten müssten. Für die SPD-Fraktion sagte die gesundheitspolitische Sprecherin Sabine Dittmar am Dienstag, sie sei „wahrnehmungsfroh, dass wir von den 200 weggekommen sind“. Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Dirk Wiese meinte, über den Schwellenwert sei lange debattiert worden. „Letztendlich resultiert die 165 daraus, dass am Montag der Durchschnittswert aller 16 Bundesländer beim Inzidenzwert bei ungefähr 165 lag.“

Die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Christine Aschenberg-Dugnus sprach gegenüber der F.A.Z. von einem „Basar“ der Inzidenzwerte. Es gebe keinen vernünftigen Sachgrund für eine Sieben-Tage-Inzidenz von 165, sondern es handle sich um einen Kompromiss der Regierungskoalitionen. Sie verwies auf die psychischen Belastungen für Kinder und Jugendliche, die extrem zugenommen hätten. Luftfiltergeräte, Masken, regelmäßige Tests und eine Impfung der Lehrer machten einen verantwortbaren Schulunterricht durchaus möglich. Sie wiederholte die Anknüpfung ihrer Fraktion, Verfassungsbeschwerden gegen das Infektionsschutzgesetz einzulegen.

Empört sind auch die Kultusminister, dass nun die in ihren Augen willkürliche Inzidenz von 165 herangezogen wird und damit in vielen Ländern die Schulen (bis auf Förderklassen und Abschlussklassen) wieder schließen müssten, obwohl Lehrer im Zuge der Priorisierung früher geimpft und aufwendige Testregime aufgebaut wurden. Sachsens Kultusminister Christian Piwarz (CDU) sagte, wenn diese Inzidenz der Maßstab werde, drohten Schulschließungen bis zum Sommer. Sachsen hatte die Inzidenz nie als einziges Kriterium angelegt, sondern auch die Belegung der Intensivbetten sowie das Infektionsgeschehen vor Ort berücksichtigt. Wegen der landesweiten Inzidenz von über 200 müssten fast alle sächsischen Schulen schließen, wenn die bundeseinheitliche Notbremse mit ihrem Schwellenwert von 165 in Kraft tritt.

In vielen Bundesländern beginnen die Sommerferien schon im Juni, das gilt etwa für Mecklenburg-Vorpommern. Dort wäre das zweite Halbjahr mit der Schulschließung



Infektionsgeschehen kontrollieren: Corona-Test an einer Berliner Schule Foto dpa

fung praktisch beendet, zumal der Distanzunterricht in vielen Schulen vor allem in der Primarstufe nicht gelingt und sich Leistungsnachweise schlecht erbringen lassen. Bisher hatten sich die Länder auf die Inzidenz von 200 für Schulschließungen eingestellt, in Baden-Württemberg liegen derzeit zwölf Kreise darüber, weitere sind knapp unterhalb dieser Inzidenz. Die neue Inzidenz von 165 hieß für den Südstaat, dass es in mehr als der Hälfte der 44 Stadt- und Landkreise nur noch Distanzunterricht geben darf.

In Nordrhein-Westfalen war gerade eine neue Verordnung für den Schulbetrieb in Landkreisen und Städten mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von 200 in Kraft getreten, wonach diese im Distanzbetrieb bleiben müssen. Wenn die bundeseinheitliche Notbremse so beschlossen wird, wie sie jetzt geplant ist, sind die Düsseldorfer Pläne Makulatur.

Die Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie sieht die großflächigen Schulschließungen mit Sorge und hat sich gegen die Behauptung gewandt, es gebe zunehmend „schwere Verläufe“ bei den Covid-19-Verläufen von Kindern und Jugendlichen. Davon könne keine Rede sein. In der bisherigen Pandemie seien von 14 Millionen Kindern und Jugendlichen 1200

mit einer Corona-Erkrankung im Krankenhaus behandelt worden, vier starben an ihrer Infektion. Während der Grippe-Saison 2018/19 starben 116 Kinder an Influenza. „Die weiterhin bestehende extreme Seltenheit eines schweren oder gar tödlichen Verlaufes von Sars-CoV-2 bei Kindern und Jugendlichen ist nicht geeignet, als Argument für Schul- und Kita-Schließungen benutzt zu werden“. Auch fehlten Belege für die Behauptung, dass zwischen Infektionen bei Kindern und Jugendlichen und der Überlastung der Intensivstationen und schweren Verläufen bei Älteren ein Zusammenhang besteht.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) übte scharfe Kritik an den aus ihrer Sicht pauschalen und „untauglichen“ Regelungen für den Lehr- und Studienbetrieb. Die ohnehin minimalen Praxismöglichkeiten in Lehre und Studium, Labortätigkeiten, praktische Ausbildungsabschnitte, künstlerische Übungen und Prüfungen sowie der Zugang zum Bestand der Hochschulbibliotheken „müssen und können auch bei höheren Inzidenzen aufrechterhalten werden“. Für die Betroffenen stehe der Studienerfolg auf dem Spiel, für die Gesellschaft die Qualifizierung künftiger Mediziner. Die HRK erwarte, dass Bund und Länder „sachgerechte Regelungen finden“.

## Eltern unzufrieden

Auch wenn viele Schulen seit Dezember weitgehend geschlossen waren und Mittelstufenschüler nach den Osterferien zum ersten Mal wieder in die Schule kommen durften, hat sich die digitale Beschulung zu Hause nicht wesentlich verbessert. Das geht aus einer Umfrage des Münchener Ifo-Instituts unter mehr als 2000 Eltern hervor. Sie bezieht sich auf die Monate Februar und März dieses Jahres und wurde mit den Ergebnissen zu den Schulschließungen im vergangenen Jahr verglichen.

Zwar ist die tägliche durchschnittliche Lernzeit um eine Dreiviertelstunde auf 4,3 Stunden gestiegen – allerdings sind das noch immer drei Stunden weniger als an einem normalen Schultag. „Besonders bedenklich ist, dass 23 Prozent der Kinder sich nicht mehr als zwei Stunden am Tag mit der Schule beschäftigen“, sagt der Leiter des Ifo-Zentrums für Bildungsökonomik, Ludger Wößmann. Mehr als die Hälfte der Eltern meint, dass ihr Kind pro Stunde zu Hause weniger lernt als in der Schule, 22 Prozent denken das Gegenteil. Da

die Länder auf Lernstandserhebungen verzichtet haben, lässt sich der Verdacht der Eltern nicht empirisch erhärten. Leistungsstärkere Kinder haben deutlich konzentrierter zu Hause gelernt als leistungsschwächere. Förderunterricht in den Ferien wurde nur von einem kleinen Anteil der Schüler wahrgenommen (nur zehn Prozent). Auch in der zweiten Phase der Schulschließungen hatte nur ein Viertel der Schüler einmal täglich Videounterricht für die gesamte Klasse. Im Frühjahr 2020 waren es sechs Prozent. Nach wie vor aber bekommen 39 Prozent der Schüler nur einmal in der Woche Videounterricht.

Als einen der wenigen positiven Effekte der Schulschließungen sehen Eltern, dass ihre Kinder selbständiger lernen und besser mit digitalen Technologien umgehen können. 31 Prozent stellen fest, dass ihr Kind während der Schließungen wegen Bewegungsmangel zugenommen hat. Für 76 Prozent war es eine große Belastung, keine Freunde treffen zu können und alle sozialen Kontakte einzubüßen. oll.

## „Der Köder muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler“

Warum die Basis nun laut murr / Von Julian Staib

Die deutlichste Abstimmung in Parteien geschieht mit den Füßen. Am Dienstag gab es dazu aus der rheinland-pfälzischen CDU erste Meldungen. „Wir haben schon Austritte“, berichtete Matthias Lammert, CDU-Vorsitzender im Kreis Rhein-Lahn und Landtagsabgeordneter. Bei den Austretenden handele es sich um Leute, die von der Entscheidung für Armin Laschet enttäuscht seien. Nun müsse die Partei versuchen, „alle wieder auf die Schiene zu bekommen“, um Wahlkampf zu machen, sagte Lammert. Aber das werde schwierig.

In Rheinland-Pfalz hatten sich sehr viele sehr laut für Markus Söder als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl ausgesprochen. Entsprechend groß ist die Enttäuschung. In Lammerts Kreisverband war, wie in anderen, die Stimmung abgefragt worden, überall ging das deutlich pro Söder aus. Das zeigte sich auch am Montagmittag bei einer Sondersitzung des Landesvorstands mit den Kreisvorsitzenden. Nur eine Wortmeldung für Laschet soll es gegeben haben. Julia Klöckner, die rheinland-pfälzische CDU-Parteivorsitzende, steht eigentlich auf Laschets Seite.

In die darauffolgende Sitzung des Bundesvorstands aber brachte sie am Montagabend notgedrungen die Stimmung von zu Hause mit und mahnte, es gelte, die Basis anzuhören. Ähnlich soll sich der rheinland-pfälzische CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Baldauf geäußert haben, der als Söder-Anhänger gilt. Der Bundesvorstand aber votierte mehrheitlich für Laschet.

An der Basis in Rheinland-Pfalz ist nun von „Verwerfungen“ die Rede. Der Bundesvorstand habe eine Entscheidung getroffen, die nicht die Meinung des Großteils der Mitglieder wiedergebe, sagte Markus Conrad, Kreisvorsitzender in Alzey-Worms. In seinem Kreis hatte die CDU die Mitglieder schriftlich gefragt; 82,9 Prozent stimmten für Söder, nur 6,5 Prozent für Laschet (und etwa zehn Prozent für keinen der beiden). Ähnlich schätzen viele die Stimmung im Landesverband insgesamt ein. Diese Stimmung an der Basis, heißt es nun, hätte sich die Parteiführung anhören müssen, dann wäre sie womöglich zu einer anderen Entscheidung gekommen. „Jetzt müssen wir schauen, wie wir die Basis stabilisiert bekommen“, sagt einer.

Die rheinland-pfälzische CDU, immerhin der bundesweit fünfgrößte Landesverband, ist gebeutelt. Vor kurzem ging die Landtagswahl verheerend ver-

loren, schon zuvor hatte die Partei 30 Jahre lang in der Opposition gesessen. Nach der Niederlage wird nun viel über „strukturelle Veränderungen“ diskutiert. Manche meinen damit auch einen Wechsel im Vorsitz, den bisher Klöckner innehat. An Baldauf, der als Spitzenkandidat nur 27,7 Prozent geholt hatte, hält die Partei bisher fest. Vor diesem Hintergrund dürften die guten Umfragen mit einem möglichen Kanzlerkandidaten Söder besonders verheißungsvoll gewirkt haben.

Trotzdem gibt es auch in der Rheinland-Pfalz-CDU nun Leute, die aufatmen, seitdem klar ist, dass Söder nicht antritt. Der sei „so nah an der Sonne“, da sei die Gefahr groß gewesen, dass seine Umfragen geschmolzen wären wie damals bei Martin Schulz, sagt einer. Man hätte sich mit Söder einen „beweglichen Machiavellisten“ ins Nest gelegt. Erstaunlicherweise widersprechen die Söder-Befürworter dem nicht. Das mit der Wechselhaftigkeit stimme schon, sagt einer aus dem Landesvorstand. Aber: „Am Ende muss der Köder dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.“ Die Umfragen seien entscheidend.

Einigheit besteht in Mainz wie an der Basis darin, dass der Konflikt vermeidbar gewesen wäre. Warum habe Laschet nicht früher deutlich gemacht, dass er antrete, fragen viele. Es hätte eines klareren Fahrplanes bedurft. „Bis Ostern ist nichts passiert. Warum?“ Zu führen heiße doch, zu sagen, wo es hingehört. Das habe Laschet nicht gemacht. Vielmehr habe er nach dem Bundesparteitag „dilettantisch agiert“. Daraus gelte es nun zu lernen.

Als Konsequenz aus dem Streit fordert Baldauf nun „mehr Transparenz“ bei parteiinternen Entscheidungen. „Wir müssen die Basis viel enger einbinden. Und die Repräsentanten müssen vor Entscheidungen ein Meinungsbild einholen.“ Baldauf weiter: „Es hat mich geärgert, dass nur von oben her entschieden wurde. Wir hätten die Basis und insbesondere die Kreisvorsitzenden viel enger einbinden müssen.“

Ob das aber ausreicht, um die Wogen wieder zu glätten, ist fraglich. In Rheinland-Pfalz sitzen nun viele auf den Bäumen, und es ist nicht ganz klar, wie sie wieder herunterkommen sollen. Lamert von der CDU Rhein-Lahn sagt, er wolle nicht weiter Öl ins Feuer gießen, „aber das Feuer brennt“. Die Entscheidung vom Montagabend könne sich rächen, sie habe die Dinge womöglich nur „verlagert“. Schneide die CDU bei der Bundestagswahl schlecht ab, komme die Diskussion zurück.

## Es spricht das Gesicht

Haseloff und die K-Frage / Von Reinhard Bingener

Die CDU in Sachsen-Anhalt hat am Dienstag ein großes Plakat präsentiert. „Der Richtige in schwierigen Zeiten“, lautet der Slogan. Es ist allerdings nicht der wenige Stunden zuvor nominierte CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet, der die Betrachter großformatig anlächelt. (Zur Sicherheit sei hinzugefügt: Markus Söder ist es auch nicht.) Nein, abgebildet ist natürlich Reiner Haseloff, der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 6. Juni.

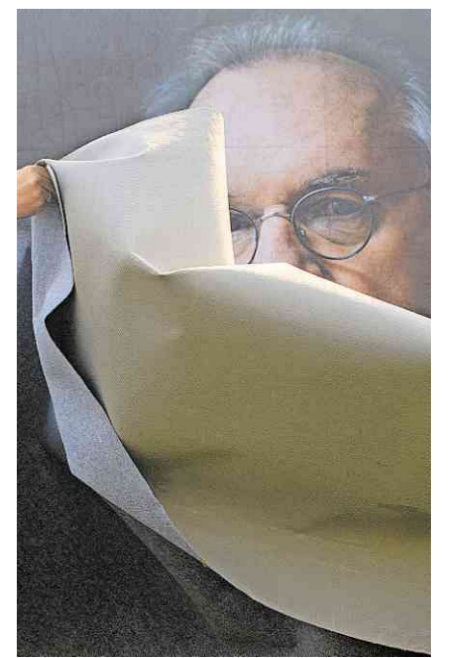
Der langjährige Ministerpräsident schaut auf dem Plakat allerdings so ernst und streng, wie er nur gucken kann. Die Absicht dahinter ist klar: Haseloff soll als Fels in der Brandung inszeniert werden, als Defensor patriae gegen AfD und Linksbündnis, als der letzte Mann im Land, der den ganzen Laden zusammenhält. Reiner Haseloffs finstere Miene passt allerdings auch gut zu seiner eigenen Lage: Erstens befindet sich der Ministerpräsident derzeit wegen Corona-Infektionen unter seinen Sicherheitsleuten in Quarantäne. Zweitens entspricht die am Montagabend getroffene Festlegung der Bundes-CDU auf den Kanzlerkandidaten Armin Laschet überhaupt nicht den Wünschen der sachsen-anhaltischen CDU.

Haseloff war bereits in der Sitzung des CDU-Präsidiums am vergangenen Montag derjenige, der deutlich auf das Problem mit Laschets schlechten Umfragewerten hinwies. Am Donnerstag war Haseloff dann der erste Parteigrande, der öffentlich für eine Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Söder warb. „Es geht nicht um persönliche Sympathie, Vertrauen oder Charaktereigenschaften. Es hilft nichts, wenn jemand nach allgemeiner Überzeugung absolut kanzlerfähig ist, aber dieses Amt nicht erreicht, weil die Wählerinnen und Wähler ihn nicht lassen“, sagte Haseloff dem „Spiegel“. Mit dieser Äußerung rückte er freilich weder Laschet und Söder noch sich selbst ins beste Licht.

In der entscheidenden Sitzung der CDU-Führung in der Nacht von Montag auf Dienstag machte Haseloff dann abermals deutlich, dass die Parteibasis in Ostdeutschland mehrheitlich Söder wolle. Dafür erntete Haseloff Widerspruch vom brandenburgischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Jan Redmann, der in der Sitzung von einem „gemisch-

ten Bild“ im Osten gesprochen haben soll. Zumindest für Sachsen-Anhalt dürfte Haseloff mit seiner Einschätzung aber richtigliegen. Kenner des Landesverbands berichten von einem wachsenden Unmut über die Bundes-CDU. „Die nehmen keine Rücksicht auf uns – das ist die verbreitete Stimmung.“ Die nun getroffene Entscheidung dürfte diese Wahrnehmung noch einmal verstärken. Von einem Kanzlerkandidaten Söder und dessen aktuell guten Umfragewerten hatte sich die CDU in Sachsen-Anhalt einen kurzfristigen Schub und eine Mobilisierung der eigenen Wählerschaft erhofft.

Zumindest ein Wunsch der CDU in Sachsen-Anhalt ist mit der Festlegung auf Laschet nun in Erfüllung gegangen: Die leidige Personaldebatte über den Kanzlerkandidaten wurde endlich beendet. Mit Erleichterung registrierten die Wahlkämpfer in dem ostdeutschen Bundesland am Dienstag auch, dass in der Öffentlichkeit vergleichsweise wenig nachgetreten wurde. Ein CDU-Politiker aus Sachsen-Anhalt würdigte dieses Verhalten als „vernünftigen Opportunismus“. Auch Ministerpräsident Haseloff erlegte sich Schweigen auf und ließ ausrichten, es sei zur K-Frage „alles gesagt“. Der Ministerpräsident zog es vor, sein Gesicht sprechen zu lassen.



Defensor patriae? Haseloff Foto dpa